

NACHRICHTEN

Wieder Mord und Totschlag in Sri Lanka

COLOMBO: Bei schweren Kämpfen zwischen tamilischen Rebellen und der Regierungsarmee im Norden Sri Lankas sind in der Nacht zum Dienstag mindestens 46 Menschen getötet worden. Die Rebellen der Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) beschossen Armeestellungen nahe des Ortes Tanankilappu auf der Halbinsel Jaffna mit Granaten und schweren Geschützen, wie die Regierung in Colombo mitteilte. Dabei seien sechs Soldaten getötet worden. Beim Gegenangriff der Armee seien 40 Rebellen ums Leben gekommen, hiess es weiter. Die Regierung räumte ein, dass sich ihre Truppen zurückziehen mussten. Wegen des intensiven Beschusses hätten die Befehlshaber beschlossen, «die Verteidigungslinien auf vorbereitete Positionen weiter nordöstlich zu verlegen». Ein weiterer Vorstoss der Rebellen auf Stellungen in Kaithady sei dagegen erfolgreich abgewehrt worden. Die LTTE versucht seit knapp einem Monat, die Kontrolle über Jaffna im Norden Sri Lankas zurück zu erlangen. Ende April musste sich die Armee vom Zugang zu der Halbinsel, einer schmalen Landbrücke, die Jaffna mit dem Festland verbindet, zurückziehen.

Erdöl-Wahnsinn in Kolumbien

BOGOTA: Ein Berufungsgericht in Kolumbien hat der multinationalen US-Erdölgesellschaft Occidental Petroleum (Oxy) am Montag gestattet, in der Nähe des Gebiets der U'Wa-Indianer im Nordosten des Landes nach Öl zu schürfen. 500 Indianer drohten mit Massenselbstmord. Ein Gericht in Bogota hatte der Firma Ende März in erster Instanz unter Berufung auf den in der Verfassung verankerten Minderheitenschutz jegliche Schürfrechte untersagt. Dagegen waren Oxy und die staatliche kolumbianische Erdölgesellschaft Ecopetrol in Berufung gegangen. Das jetzt gefällte Urteil wurde nach Angaben des Anwalts der Indianer damit begründet, dass die geplanten Bohrungen bei Toledo weder die Grundrechte der U'Wa noch ihre kulturelle Identität verletzen. Der Anwalt Tito Gaitan kündigte an, dass er die Entscheidung vor dem Verfassungsgericht anfechten werde. Aus den Erdölreserven in dem Gebiet kaffen die kolumbianischen Behörden auf mit jährliche Einnahmen in der Höhe 900 Millionen Dollar (1,5 Mrd. Fr.).

Sierra Leone: Grenze nach Guinea offen

GENF: Die Rebellenorganisation Revolutionäre Vereinigte Front (RUF) blockiert nach Angaben des UNHCR nicht länger die Grenze zwischen Sierra Leone und Guinea. Rund 600 Personen seien in den letzten Tagen aus dem Norden Freetowns geflohen, sagte ein UNHCR-Sprecher in Genf. «Wir bereiten uns in Guinea auf einen grösseren Andrang von Flüchtlingen aus dem umkämpften Gebiet vor», sagte ein Sprecher des UNO-Flüchtlingswerks (UNHCR) am Dienstag. In Freetown seien rund 20 000 neue Vertriebene eingetroffen. Das UNO-Kinderhilfswerk (UNICEF) erklärte, 141 Kindersoldaten befänden sich rund 140 Kilometer östlich von Freetown in Sicherheit. UNICEF will Mitte Juni eine dritte Polio-Impfkampagne in Sierra Leone durchführen.

Nordkorea hungert

PEKING: Die täglichen Lebensmittelrationen in Nordkorea müssen diesen Monat voraussichtlich auf nur noch 150 Gramm pro Kopf gesenkt werden. Das Welternährungsprogramm (WFP) berichtete am Dienstag in Peking, momentan würden 200 Gramm pro Tag ausgegeben, vor einigen Wochen seien es noch 300 Gramm gewesen. «Die Ernte des letzten Jahres ist aufgebraucht», sagte Sprecher Peter Smerdon. «Eigentlich werden 500 Gramm Lebensmittel pro Tag benötigt.» Besonders die Einwohner der Städte und der nord-östlichen Bergregionen seien jetzt auf Verwandte und Freunde auf dem Land und die Unterstützung der internationalen Hilfsorganisationen angewiesen. Sorge bereite ausserdem die Dürre und die schlechten Wetterbedingungen im April. «Jede Verkürzung der Wachstumszeit kann zu Ernteeinbrüchen führen», heisst es in einem WFP-Bericht. Nach Angaben der Regierung von Nordkorea sind seit 1995 etwa 220 000 Menschen verhungert. Hilfsorganisationen gehen davon aus, dass es wesentlich mehr sind. Einige Schätzungen sprechen von Millionen von Opfern.

Blutiger Krieg am Horn

Kämpfe zwischen Äthiopien und Eritrea dauern an - Sicherheitsrat einigt sich nicht auf Sanktionen

ADDIS ABEBA: Auch nach Ablauf eines UNO-Ultimatums geht der Krieg am Horn von Afrika unvermindert weiter. Äthiopien lehnte den von der UNO geforderten Waffenstillstand ab und vermeldete am Dienstag Geländegewinne auf dem Gebiet des Kriegsgegners Eritrea.



Blut, Terror, Tränen und kein Ende: Äthiopien und Eritrea kämpfen weiter.

Eritrea erklärte sich dagegen zu einer sofortigen Feuerpause bereit. Die äthiopischen Truppen seien über den Mereb-Fluss auf eritreisches Gelände vorgedrungen, sagte Regierungssprecherin Salomé Tadesse in Addis Abeba. Die Armee habe 25 strategische Positionen an der Westfront eingenommen.

Ein BBC-Reporter berichtete nach einem Flug über das Kampfgebiet, äthiopische Truppentransporter und Soldaten seien weit nach Eritrea vorgedrungen. Die Stadt Shembako sei völlig zerstört, die eritreischen Schützengräben seien verlassen und das Schlachtfeld mit Leichen übersät.

Regierungssprecherin Tadesse erklärte, die gegnerischen Truppen hätten vergeblich versucht, sich 50 Kilometer hinter der Grenze neu zu formieren. Der UNO-Sicherheitsrat konnte sich am Montagabend nicht auf Sanktionen gegen die beiden Kriegsparteien einigen und vertagte

seine Beratungen. Der UNO-Sicherheitsrat hatte den beiden Kriegsgegnern in der vergangenen Woche einstimmig ein Ultimatum bis Montagabend gesetzt, um ihre Feindseligkeiten einzustellen.

Die USA versus Russland

Bei seiner Sitzung am Montagabend kam der Rat jedoch zu keiner Einigung. Zur Abstimmung standen zwei Vorschläge der USA und Russlands. Die USA schlugen ein Waffenembargo gegen beide Seiten sowie ein diplomatisches Embargo gegen äthiopische Regierungsvertreter vor.

Der russische Entwurf sieht die Entsendung einer UNO-Delegation vor, die die verfeindeten Nachbarn wieder an den Verhandlungstisch bringen soll. UNO-Generalsekretär Kofi Annan rief die beiden ostafrikanischen Staaten auf, im Interesse ihrer Bevölkerung und der gesamten Region ihre Feindseligkeiten beizulegen.

Nach der Wahl: Face-Lifting für die SPD

SPD will bis zur Wahl 2002 Programm und Strukturen erneuern

BERLIN: Die deutschen Sozialdemokraten (SPD) wollen bis zur nächsten Bundestagswahl im Jahr 2002 ihr Grundsatz-Programm und ihre Partei-Strukturen erneuern.

Man war sich einig: Nur so könne sich die Partei die politische Meinungsführerschaft und dauerhaft die Regierungsfähigkeit sichern, sagte SPD-Generalsekretär Franz Müntefering am Dienstag im Südwestrundfunk.

Angesichts der Verluste bei der wichtigen Regionalwahl vom Sonntag in Nordrhein-Westfalen forderte Müntefering eine stärkere Verbindung traditioneller Werte mit Neuem. Dann könnten die Wähler besser als diesmal an Rhein und Ruhr mobilisiert werden.

Fortsetzung der Regierungs-Koalition

Der nordrhein-westfälische SPD-Vorstand hatte dem bisherigen grünen Koalitions-Partner am Montag-



Schröder in Kampfstimmung: Nach den Wahlen vom Wochenende wurde nun eine Verjüngungskur angeordnet. (Bild: Keystone)

abend einstimmig Verhandlungen über eine Fortsetzung des Regierungsbündnisses angeboten. Nach Aussage Münteferings könnten die Gespräche schon an diesem Wochenende beginnen. Der Generalsekretär der Bundes-SPD ist zugleich Vorsitzender des Landesverbandes

Nordrhein-Westfalen. Er habe «keine Zweifel», dass SPD und Grüne sich einigen könnten, sagte Müntefering. Für den Grünen-Umweltminister Jürgen Trittin nähert sich die Öko-Partei der «parlamentarischen Existenz-Grenze», wenn sich der Trend der Wahl in Nordrhein-Westfalen fortsetze. Die Grünen waren dort von zehn Prozent auf 7,1 Prozent zurückgefallen. Seit Herbst 1997 hatten sie bei allen Wahlen Stimmen verloren.

Alternative FDP

Dem deutschen Magazin «stern» sagte Trittin, rechnerisch sei ein Bündnis der SPD mit der liberalen FDP eine Alternative. «Aber ich sehe nicht, dass daraus auf absehbare Zeit eine politische Option wird.» Er warnte Bundeskanzler Gerhard Schröder, die Grünen mit der Möglichkeit eines Koalitionswechsels unter Druck zu setzen. Dann würde Rot-Grün «erhebliche Probleme» bekommen.

China im Alleingang

PEKING: China hat eine Vermittlung der USA in der Taiwan-Frage abgelehnt. Taiwan ist eine interne Angelegenheit Chinas, sagte die Sprecherin des Ausserministeriums Zhang Qiyue am Dienstag in Peking. «Das chinesische Volk kann seine Probleme selbst lösen. Niemand habe das Recht, sich einzumischen. Die Sprecherin reagierte auf einen Bericht der «Washington Post», wonach beide Seiten die USA zum ersten Mal um Vermittlung gebeten hätten. Die «Washington Post» folgte entsprechenden Äusserungen der für die Beziehungen zu China zuständigen Mitglieder der taiwanesischen Regierung. Die US-Regierung müsse sich entscheiden, ob sie sich für die Beziehungen zu China einsetzen will. «Wir haben zwischen uns und Taiwan zu vermitteln, das ist unsere Aufgabe», sagte die Sprecherin. «Wir werden Taiwan unterstützen, wenn es um seine Souveränität geht. Wir werden auch weiterhin eine Abschwächung während der Verhandlungen ablehnen», sagte sie.

Palästina brodelt

Kämpfe zwischen Demonstranten und Soldaten



Die Unruhen im Nahen Osten gehen weiter: In Hebron war die Situation besonders prekär: Gummigeschosse wurden in die Menge gefeuert.

HEBRON: In Hebron bewarfen rund 300 palästinensische Studenten einen Armeeposten mit Steinen.

Wie ein Korrespondent der Nachrichtenagentur AFP berichtete, feuerten israelische Soldaten daraufhin Gummigeschosse in die Menge. Dabei wurden mindestens zwei Demonstranten verletzt.

Auch in el Ram gab es Zusammenstösse, nachdem rund 200 Palästinenser israelische Soldaten mit Steinen beworfen hatten. In den vergangenen vier Tagen waren bei

Razzia in Birma

RANGUN: In Birma sind 95 Mitglieder der grossen Oppositionspartei National League für Demokratie (NLD) festgenommen worden. Die Polizei durchsuchte am Montag Festgenommenen, um zu prüfen, ob sie gewalttätige Aktivitäten im Parlament planen. An der Spitze der NLD steht die 67-jährige Aung San Suu Kyi, Ministerpräsidentin. Sie wurde am Montag verurteilt, weil sie im März verurteilt worden ist, nachdem sie an der Spitze einer grossen Demonstration in der Hauptstadt Rangun gegen die Militärregierung stand. Die Demonstranten forderten die Freilassung von Suu Kyi. Die Regierung hatte sie im März 1989 inhaftiert. Suu Kyi wurde im März 1990 für fünf Jahre inhaftet. Sie wurde im März 1995 freigelassen. Sie wurde im März 1996 wieder inhaftiert. Sie wurde im März 1997 freigelassen. Sie wurde im März 1998 wieder inhaftiert. Sie wurde im März 1999 freigelassen. Sie wurde im März 2000 wieder inhaftiert. Sie wurde im März 2001 freigelassen. Sie wurde im März 2002 wieder inhaftiert. Sie wurde im März 2003 freigelassen. Sie wurde im März 2004 wieder inhaftiert. Sie wurde im März 2005 freigelassen. Sie wurde im März 2006 wieder inhaftiert. Sie wurde im März 2007 freigelassen. Sie wurde im März 2008 wieder inhaftiert. Sie wurde im März 2009 freigelassen. Sie wurde im März 2010 wieder inhaftiert. Sie wurde im März 2011 freigelassen. Sie wurde im März 2012 wieder inhaftiert. Sie wurde im März 2013 freigelassen. Sie wurde im März 2014 wieder inhaftiert. Sie wurde im März 2015 freigelassen. Sie wurde im März 2016 wieder inhaftiert. Sie wurde im März 2017 freigelassen. Sie wurde im März 2018 wieder inhaftiert. Sie wurde im März 2019 freigelassen. Sie wurde im März 2020 wieder inhaftiert. Sie wurde im März 2021 freigelassen. Sie wurde im März 2022 wieder inhaftiert. Sie wurde im März 2023 freigelassen. Sie wurde im März 2024 wieder inhaftiert. Sie wurde im März 2025 freigelassen.